

BÜNDNIS 90/DIE Regensburg-Stadt · Haaggasse 16 · 93047 Regensburg

Kreisverband Regensburg-Stadt

Stefan Christoph

Kreisvorsitzender

Geschäftsstelle

Haaggasse 16, 93047 Regensburg

Handy: 0162 76 10 571

sc@gruene-regensburg.de

Beschluss der Kreisversammlung vom 23. Februar 2016

GRÜNE Position zur Asylpolitik in Regensburg

Dieses Positionspapier enthält die GRÜNE Bundes- und Landessicht gemäß den auf diesen Ebenen verabschiedeten Stellungnahmen, sowie die spezifische Regensburger Sicht. In Regensburg sind einige Punkte des Forderungskataloges aus Bund und Land bereits erfüllt.

Das Dokument dient als Leitfaden zur Umsetzung und wird ständigen Veränderungen und Detaillierungen unterworfen sein.

Die Herausforderung

Weltweit werden derzeit so viele Menschen zur Flucht gezwungen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Über 60 Millionen sind es laut offiziellen Berechnungen des UNHCR. Krieg, Verfolgung, Unterdrückung, Hunger, fehlende Zukunftsperspektiven oder Diskriminierung: die Liste der Gründe, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen, ist lang. So viele Menschen wie nie zuvor werden dieses Jahr bei uns Schutz und einen Neubeginn suchen. Es ist heute schon absehbar, dass auch in den kommenden Jahren Einwanderung die Bevölkerungsentwicklung unseres Landes bedeutsam prägen wird. Das stellt unsere Gesellschaft und Infrastruktur vor große Herausforderungen.

Wir sehen die notwendigen Anstrengungen – wir sehen aber auch die großen Chancen für unser Land und die Menschen. Denn natürlich ist Deutschland in der Lage, die derzeitige Herausforderung zu schaffen, wir müssen es nur wollen und angehen.

Trotz der guten wirtschaftlichen Ausgangsbasis ist unser Land auf die Aufnahme und Integration der großen Zahl an Geflüchteten nicht hinreichend vorbereitet. Behörden und Freiwillige arbeiten bis zum Anschlag. Länder und Kommunen arbeiten rund um die Uhr, um

die Menschen aufzunehmen sowie unterzubringen. Sie richten täglich weitere Liegenschaften zur Unterbringung ein.

Wenn wir diese Herausforderung schaffen wollen, müssen wir jetzt alle gemeinsam anpacken. Eine verantwortungsvolle und ehrliche Politik muss die Weichen stellen und praktisch handeln. Es sind alle gefragt und gefordert: Politik, und Wirtschaft genauso wie die Zivilgesellschaft und auch die Neuankommenden selbst stehen vor der Herausforderung, sich in ihrem neuen Umfeld einzuleben und sich ein neues Leben aufzubauen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch die Feststellung, dass es aktuell keine perfekten Lösungen gibt.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Gebot der Menschlichkeit und der historischen Verantwortung. Es hat für uns uneingeschränkt Geltung – unabhängig von der Herkunft der Geflüchteten. Es kann und darf daher keine Obergrenzen für dieses Grundrecht geben. Erst ein rechtsstaatliches Verfahren kann über die jeweilige Gewährung oder Ablehnung von Asyl entscheiden – und nicht die Politik im Voraus.

Wenn Kommunen und Bundesländer bei all ihrer Hilfsbereitschaft an ihre Grenzen stoßen, müssen wir auf die gesamtstaatliche Verantwortung in Deutschland und auf die Solidarität in der Europäischen Union pochen. Hier darf es kein Europa der unterschiedlichen Verantwortungen und humanitären Standards geben.

Der Auftrag

Wir müssen umschalten – von der kurzfristigen Nothilfe hin zum Aufbau einer Infrastruktur, damit die Aufnahme und Integration hunderttausender Menschen, viele davon künftige deutsche Staatsbürger*innen, möglichst schnell, gut und nachhaltig gelingen kann.

Maßgabe für uns wird sein:

- Alles zu tun, um die Rechte von Geflüchteten zu wahren, ihnen Sicherheit und Orientierung zu geben und sie bestmöglich in unsere Gesellschaft zu integrieren.
- Eine Überforderung staatlicher Institutionen durch eine um- und weitsichtige Politik zu vermeiden.
- Die haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen zu unterstützen.
- Die positive, gesellschaftliche Grundstimmung wollen wir bewahren, Verunsicherung vorbeugen und Fragen klären, aber auch jeglicher Form von populistischen Ressentiments, Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt, egal woher sie kommt, entschieden entgegentreten.

Wir müssen und wollen jetzt die notwendigen Schritte nach vorne gehen – und das heißt: schnell und umfassend handeln.

Der grüne Plan auf Bundesebene

- Geflüchtete gut aufnehmen
 - Ein Willkommenspakt für Investitionen
 - Asylverfahren beschleunigen
 - Eine bessere Gesundheitsversorgung
 - Wohnraum schaffen
 - Besonderer Schutz für Frauen, LGBTI-Geflüchtete und Kinder
 - Helfer*innen unterstützen, Geflüchtete beteiligen
 - Asylrecht verteidigen
- Integration und Einwanderung gestalten
 - Kompetenzen bündeln in einem Ministerium für Integration

- Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsgesetz
- Ein Starterkit für Migrant*innen
- Sprache und Bildung fördern
- Arbeitsmarkt öffnen, Geflüchtete qualifizieren
- Soziale Integration stärken
- Eine Offensive für Einbürgerung
- Migrant*innen in die Chefetagen
- Geflüchtete integrieren, Religion mitdenken
- Gegen Rechtspopulismus und Rassismus
- Für ein Europa der Menschlichkeit und Verantwortung
 - Mehr europäische Solidarität
 - Für sichere Wege nach Europa
 - Verantwortung auf gemeinsamen, starken Schultern
 - Gegen Mauern und Stacheldrahtzäune
 - Fluchtursachen bekämpfen

Der grüne Plan auf Landesebene

- Wir fordern die Staatsregierung auf, nach dem Vorbild der kommunalen Klimaschutzmanager*innen die Schaffung von **Integrationsmanager*innen** als Stabsstellen in den Kommunen und Landkreisen zu fördern. Diese unterstützen vor Ort die Erarbeitung und effiziente Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte, koordinieren und organisieren Integrationsarbeit.
- Die gemachten **finanziellen Zusagen** des Bundes zur Erstattung der Kosten in den Kommunen müssen erfüllt werden. Der Freistaat wird aufgefordert, gemäß dem Konnexitätsprinzip die finanziellen Mittel an die Kommunen aufgabenbezogen und unverzüglich weiterzureichen.
- Die **ehrenamtlichen Helfer*innen** leisten Unglaubliches und sind nach wie vor hoch motiviert. Sie sind für das Gelingen der Integration der Geflüchteten ein wichtiger und unverzichtbarer Partner. Sie brauchen aber dringend Unterstützung, Anerkennung und Wertschätzung. Wir fordern eine unbürokratische Entschädigung der ehrenamtlichen Helfer*innen für ihren Verdienstausfall vom Freistaat. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten der Freistellung ausgeweitet werden. Damit die angebotene Hilfe auch gezielt eingesetzt werden kann, bedarf es Ehrenamtskoordinator*innen in den Kommunen, und dort wo ehrenamtliche Strukturen absehbar zur Daueraufgabe werden, müssen dringend hauptamtliche

Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet werden.

- Die oftmals an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit im Vollzug stehenden **Mitarbeiter*innen der Kommunen** müssen soweit als möglich entlastet werden. Für Bayern fordern die GRÜNEN Kommunalpolitiker*innen deshalb die Einführung der Gesundheitskarte und die Möglichkeit, weiterhin das Geldleistungsprinzip aufrechterhalten zu dürfen, anstatt zum Sachleistungsprinzip zurückzukehren. Das Sachleistungsprinzip ist ein Bürokratiemonster, wesentlich teurer und nimmt Geflüchteten vor allen Dingen ein selbstbestimmtes Leben.
- Die bis jetzt aufgelaufenen **Verwaltungskosten zur Arbeit mit Geflüchteten** sowie zur Unterbringung in den Landkreisen und kreisfreien Städten müssen vom Freistaat übernommen werden; ebenso der kommunale Kostenanteil der Stellenmehrungen durch die aktuelle Situation der Geflüchteten bei den Jobcentern und den Jugendämtern. Wir fordern den Freistaat Bayern auf, auch die zusätzlich anfallenden Kosten für Wachpersonal vollständig zu übernehmen. Zusätzliches Personal bei Justiz und Polizei halten wir für dringend geboten.
- Die Ausstattung mit **Asylsozialarbeitern** im notwendigen Umfang in den Gemeinschaftsunterkünften, in Aufnahme- und Rückführungszentren, in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Notunterkünften ist aktuell nicht gewährleistet. Wir fordern die unverzügliche Einstellung ausreichenden Personals für die Asylsozialarbeit laut der Richtlinie des Bayerischen Sozialministeriums und zwar mit dem Schlüssel 1:100 bzw. 1:150.
- Die **Personalausstattung in Schulen** muss dringend aufgestockt werden. Die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte muss deshalb unverzüglich erfolgen und das Programm „Jugendsozialarbeit in Schulen“ erheblich aufgestockt werden.
- Wir brauchen weiter dringend und schnellstmöglich mindestens eine **Verdopplung der Erstaufnahmeflächen und -einrichtungen**. Ein bayernweites Liegenschaftskataster mit geeigneten Grundstücken und Immobilien, die als Unterkünfte für Geflüchtete geeignet sind, muss umgehend vorgelegt werden. Leerstehende Kasernen, Schulen, Krankenhäuser sind umgehend zu nutzen. Hier ist bislang noch zu wenig passiert.
- Wir brauchen dringend ein **Sonderinvestitionsförderprogramm** zum Bau zusätzlicher Schul- und Kita-Räume, einschließlich Übergangsräume, wie Container usw.
- „Integration von Anfang an“ bedeutet für uns auch **Zugang zu Bildung und vor allem zu Sprachkursen**. Deshalb müssen so frühzeitig wie möglich umfassende Angebote an Alphabetisierungs-, Deutsch- und Integrationskursen gemacht werden. Die Zivilgesellschaft zeigt, wie es gehen kann, während der Staat ständig Regelungen verändert. Die Kommunen und die Geflüchteten brauchen Sicherheit, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit – das gilt auch und gerade für die Finanzierung der Sprachkurse. Unsere Sprache nicht lernen zu dürfen, verhindert die von uns gewollte und geforderte Integrationsbereitschaft und verschwendet wertvolle Ressourcen der Geflüchteten.
- Die Integration der Geflüchteten ist Gemeinschaftsaufgabe. Daher sollten die Geflüchteten im Gemeinschaftssystem **solidarisch und gleichmäßig auf alle Kommunen verteilt** werden.
- **Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist von zentraler Bedeutung**. Es muss gelingen, die Geflüchteten besser und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. So können sie nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den Wohlstand des gesamten Landes leisten.
- Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, der Forderung der Wirtschaft

nach einem gesicherten Bleiberecht für die Zeit der Berufsausbildung unverzüglich nachzukommen und sich für eine rechtssichere Bleiberechtsregelung für junge Geflüchtete während der Berufsausbildung und einer anschließenden zweijährigen Berufsphase einzusetzen. Zahlreiche Beispiele aus der Kooperation von Kommunen mit den Kammern belegen, dass Integration durch Arbeit gelingen kann und für beide Seiten einen Gewinn darstellt.

Ergänzungen aus unserer Sicht

- Die Personalausstattung in den Schutzeinrichtungen für unbegleitete Minderjährige darf nicht (wie von der CSU gefordert) reduziert werden. Für die jugendlichen Asylsuchenden sollen mindestens vergleichbare Betreuungsstandards gelten, wie für Jugendliche in entsprechenden Einrichtungen. Die Jugendlichen sollen nicht mit Vollendung des 18. Lebensjahres aus den Einrichtungen der Jugendhilfe entlassen und in Gemeinschaftsunterkünfte überführt werden, sondern die Leistungen der Jugendhilfe müssen in der Regel bis zum 21. Lebensjahr und in Einzelfällen auch darüber hinaus ausgedehnt werden.
- Es kommt immer öfter zu Fällen, in denen schulpflichtige Kinder auch nach mehr als 3 oder 6 Monaten nicht in die Schule gehen. Einzelne Landräte begründen dies mit der hohen Auslastung der Schulen oder einer unsicheren Bleibeperspektive. Die Schulpflicht kennt jedoch keine Ausnahmen und baut über die Kinder und die in der Schule erlernte Sprache wichtige Integrationsbrücken für Eltern und Familie. Wir fordern daher eine konsequente Umsetzung der Schulpflicht ohne Ausnahmen.
- Die Anforderungen an das Sicherheitspersonal müssen unter staatliche Aufsicht gestellt und so erhöht werden, dass es grundsätzlich keine Vorfälle von rassistischen Äußerungen und Übergriffe gegen die Geflüchteten gibt. Es ist sicherzustellen, dass keine „schwarzen Schafe“ als Sicherheitskräfte eingestellt werden.
- Nicht nur im Zuge der Berufsausbildung besteht Handlungsbedarf für geflüchtete Menschen: Ihr Zugang zu Fach- und Hochschulen sollte erleichtert werden, so dass diese Menschen eine Perspektive haben. Auch für die Dauer einer solchen Ausbildung sollten geflüchtete Menschen sich auf das Lernen konzentrieren und nicht um ihren Aufenthaltsstatus sorgen müssen.
- Der äußerst wichtige Sprachunterricht soll nicht weiter überwiegend oder allein in den Händen von ehrenamtlichen Helfer*innen verbleiben; stattdessen muss der Freistaat hier Stellen für qualifizierte Lehrkräfte schaffen.

Der grüne Plan für Regensburg

In Regensburg funktioniert die Unterstützung der Geflüchteten gut. Einige der nachstehenden Themen sind bereits aufgegriffen oder befinden sich in Umsetzung. Die Lage ist vergleichsweise entspannt: wir schaffen das! Dennoch gibt es einige konkrete Themen, die im Folgenden benannt und umgesetzt werden sollen.

Themen der Bundes-und Landespolitik

Viele der vorgenannten Themen können von den Städten und Kommunen nicht allein umgesetzt werden. Einflussmöglichkeiten bestehen nur auf der politischen Ebene, in der die Erledigung der einzelnen Punkte immer wieder angemahnt wird.

Wohnraum für Geflüchtete

Die Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten ist ein permanentes Problem. Eine dezentrale Aufnahme in möglichst kleinen Einheiten ist unsere Zielvorstellung, weil sie Integration befördert und Konflikte vermeidet. Die Nutzung von Turnhallen kann nur eine Übergangslösung sein. Deshalb müssen zügig solide Gebäude (z. B. in umweltfreundlicher Holzfertigbauweise) erstellt werden. Außerdem brauchen wir dringend deutlich mehr Sozialwohnungen, für die es massive Finanzhilfen von Bund und Land geben muss. Dazu kann die Stadtbau einen großen Beitrag leisten. Die Aktivierung privaten Kapitals kann durch ein Landesprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ wie in Baden-Württemberg erreicht werden.

Einen Verdrängungswettbewerb zwischen finanziell Schwachen und Geflüchteten darf es aus unserer Sicht nicht geben.

Erleichterte medizinische und flächendeckende psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung

Die medizinische Versorgung kann durch die Einführung einer Gesundheitskarte deutlich erleichtert werden. Wir erwarten von der Stadt, dass sie die Staatsregierung auffordert, diese Möglichkeit unverzüglich in Bayern einzuführen. Ein Konzept für die intensive Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten muss in Zusammenarbeit mit der Stadt und spezialisierten NGOs erarbeitet werden.

Keine Sachleistungen

Den Ersatz eines Teils der Unterhaltsleistungen durch Sachleistungen lehnen wir ab. Er entmündigt nicht nur die Geflüchteten, sondern bringt auch eine Kostensteigerung und eine unzumutbare und völlig überflüssige Überlastung der Verwaltung mit sich.

Intensive Betreuung vor Ort

Wir benötigen mehr Fachkräfte, um die Betreuung der Geflüchteten zu gewährleisten, insbesondere die der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Hierzu sind im Haushalt zusätzliche Stellen für den Bereich Asyl zu planen. Zusätzlich soll Unterstützung durch den Bundesfreiwilligendienst angefordert werden. Wir halten es außerdem für erforderlich, die freien Träger in die Betreuung der Asylbewerber*innen, wo immer möglich, weiterhin intensiv einzubinden.

Ehrenamtliche unterstützen

Nur mit Hilfe der Ehrenamtlichen ist es überhaupt möglich, auf die täglichen Sorgen und Probleme der Asylbewerber*innen einzugehen. Ein Schlechttreden der Arbeit der vielen Helfer*innen, wie die Staatsregierung es praktiziert, lehnen wir ab. Deshalb ist uns die Koordination der unentbehrlichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer besonders

wichtig. Sie müssen alle Informationen für ihre Arbeit vor Ort erhalten. Wir halten dafür die schnelle Einführung einer digitalen Unterstützung für notwendig. Im Alltag der Helfer*innen erweist sich das Fehlen von Dolmetscher*innen als Problem. Diese müssen – soweit ehrenamtlich nicht möglich – durch Stellen bei der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Informationen für Geflüchtete

Ebenso ist es notwendig, lokale Informationen für Geflüchtete in deren Sprache bereitzustellen und diese aktuell zu halten. Die hierzu notwendige Software ist bereits vorhanden und kommt in verschiedenen Kommunen im Einsatz. Für Regensburg werden wir die Einführung dieses Portals unterstützen und die Aktualität der Informationen gemeinsam mit der Stadt und den NGOs sicherstellen.

Bündnis für Geflüchtete

Ohne die Stadtverwaltung, die Wohlfahrtsverbände und viele weitere offizielle und private Hilfsorganisationen wäre die Unterstützung der Geflüchteten im bisherigen Umfang nicht möglich gewesen und auch in Zukunft nicht möglich. Das intensive Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger der Stadt Regensburg und auch der Verwaltung inklusive des Oberbürgermeisters haben es erst möglich gemacht, dass die Situation der Geflüchteten in Regensburg sich nicht so dramatisch darstellt, wie in anderen Kommunen. Die Stadt und die zahlreichen an der Hilfe beteiligten Organisationen müssen sich weiterhin regelmäßig abstimmen und ihre Aktivitäten bündeln. Dazu brauchen wir einen regelmäßigen „Runder Tisch“ und eine Informationsplattform (siehe „Ehrenamtliche unterstützen“). Eine intensive Einbindung des Bezirks Oberpfalz ist dringend anzustreben.

Für diese Aufgabe kann nur eine zentrale Stelle bei der Stadt – ggf. mit ehrenamtlicher Unterstützung – zuständig sein

Rasche Integration

Der Arbeitsmarkt in Deutschland bietet für Geflüchtete viele Chancen. Zwar wurden einige Beschränkungen gelockert oder aufgehoben. Aber die Vorschriften müssen weiter vereinfacht werden, die Genehmigungsverfahren effizienter organisiert werden. Auch zu diesem Thema müssen die Beteiligten von der Stadt zusammengebracht und Lösungen erarbeitet werden, die sowohl für die Arbeitssuchenden, die Unternehmen als auch für die Arbeitsverwaltung tragfähig sind.

Sprachkompetenz ist eine zentrale Voraussetzung für Bildung und die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit. Es fehlen Stellen für Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache, möglichst auch mit Grundkenntnissen der Sprachen aus dem Herkunftsland.

**Wir nehmen die Geflüchteten als Menschen in Not wahr, denen wir allein schon aus humanitären Gründen helfen müssen. Wir vertrauen darauf, dass die neuen Nachbarn unser Leben und unsere Gesellschaft bereichern werden.
Lasst uns die Chancen gemeinsam nutzen!**